Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

83 (9.4.1932) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 83
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Samstag
9. April 1932

Der Kampf um das System

Die Verbände, die gegen Hindenburg stehen, begründen ihre Ablehnung damit, daß es sich bei diesem Präsidentenwahlgang um einen Kampf gegen das System handle. Dieser „Kampf gegen das System“ ist agitatorisch wirksam, weil er der verzweifelten Stimmung weiter Volkskreise angepaßt ist. Denn in Hindenburgs Amtszeit fällt die Weltwirtschaftskrise und in das siebente Jahr der Zusammenbruch der deutschen Finanzen. Kein Wunder, daß die Forderung, es müsse endlich anders werden, Blüten treibt. Für den ernsten, sich seiner Verantwortung bewußten Staatsbürger ergibt sich daraus die Pflicht, zu prüfen, was denn in Wirklichkeit in Deutschland „der Kampf gegen das System“ bedeutet.

Am 10. April soll keine Regierung gewählt werden, sondern ein Reichspräsident. Es handelt sich also **nicht um die Wahl irgend eines Regierungssystems, sondern um die Wahl einer Person.** Das System, nach dem regiert wird, bestimmt die Regierung. Der Reichspräsident aber ist das staatsrechtliche Oberhaupt des Reiches, der zwar den Kanzler ernennt und auf dessen Vorschlag die Minister, der aber auch dabei nach dem Weimarer Verfassungssystem gebunden bleibt an den Mehrheitsbeschluß des Reichstages, der jede vom Präsidenten ernannte Regierung stürzen kann, wenn die Mehrheit seiner Abgeordneten es will. So wenig wie man einen konstitutionellen Monarchen für die politischen Handlungen seiner Regierung verantwortlich machen kann, so wenig — ja noch weniger — kann man den Reichspräsidenten für die Zusammensetzung des Reichstages und damit für die Zusammensetzung der Regierung verantwortlich machen; des Reichstages, nach dessen Mehrheitswillen der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmen muß, und ohne dessen Zustimmung keine Regierung, kein Gesetz und selbst keine Notverordnung bestehen kann, wenn sie nicht im Geiste seiner Mehrheit geschaffen und von ihr gebilligt wird.

Selbst der Nationalsozialismus bekämpft ja nicht die Person Hindenburg, sondern seine Verbindung mit den heute noch herrschenden Parteien. Aber ist nicht in wochenlangen Verhandlungen vergeblich versucht worden, eine Basis für eine Rechtsregierung zu finden? Lieben wir, weil diese Verhandlungen gescheitert sind, etwa deswegen mehr die Not dieser kärglichen Tage? Lieben wir deswegen alle Verordnungen der Not, alle Maßnahmen der Regierung? Nein! Wer einen inneren Systemwechsel durch Reformen herbeiführen will, der muß erst die Voraussetzungen dafür schaffen helfen. Die erste Voraussetzung aber ist die Schaffung einer nationalen Mehrheit im Reichstag. Daß das bisher nicht gelang, ist sicher nicht Hindenburgs Schuld.

*

Man hat versucht, den Reichspräsidenten aus dem „Festungsgürtel des heutigen Systems“ zu befreien. Man hat versucht, dem Reichspräsidenten nahezulegen, mit dem heutigen Kurs zu brechen. Hier stand leidenschaftliches Gefühl gegen kühle Verfassungsvorschriften. Und so ergab sich eine Situation, die sowohl für den Generalfeldmarschall als auch für einen Teil seiner alten Wähler von 1925 der Tragik nicht entbehrte. Denn seiner Einstellung, seiner Auffassung von dem Begriff der Pflicht, dem Staate, dem Volke gegenüber war es nicht gegeben, irgend einen Schritt zu tun, der die durch den Verfassungseid ihm auferlegten Bindungen für ihn gelockert hätte. Die Regierungen mögen Gesetze machen, die Politik des Tages treiben. Alle Parteiansprüche aber müssen ihre genaue Grenze an dem Reichspräsidenten finden, der die Ordnung, das Recht des Staates verkörpert, gleich, ob er Ebert, Hindenburg oder Hitler heißt.

*

Wie könnt ihr — so ruft man jedem zu, der für Hindenburg eintritt — für den Mann eintreten, für den auch die Sozialdemokratie, für den die Eiserne Front eintritt? Eine solche Frage mag bei oberflächlicher Betrachtung berechtigt erscheinen, hat aber mit Hindenburg nichts zu tun. Ist es nicht vielleicht gerade der Name Hindenburg, der unseren nationalen Besitz verkörpert, der es vermocht hat, daß die einst so mächtige Sozialdemokratie es heute nicht mehr wagen darf, einen eigenen Kandidaten aufzustellen? Die Sozialdemokratie tritt für Hindenburg ein, weil sie den „Faschismus“ fürchtet. Wir, weil in Hindenburg die Idee des Reiches lebendig geworden ist, weil wir wissen, daß keine deutsche Zukunft ein revolutionäres Erstehen mehr erträgt, weil auch nicht mehr diktiert werden darf, so wie der Weimarer Staat diktiert worden ist. Die Weimarer Verfassung ist reformbedürftig und das in der Weimarer Verfassung festgelegte System der absoluten Parteiherrschaft, der Allgewalt des Reichstages, der Parlamentarisierung aller öffentlichen Körperschaften bis in das letzte Dorf hinein, mit ihren den Staat und seine Verwaltung ruinierenden Folgeerscheinungen, den ewigen Krisen, den Parteibuchbeamten. Hindenburg ist für dieses System nicht verantwortlich zu machen. Wer das behauptet, bedient sich einer agitatorisch vielleicht wirksamen, staatspolitisch aber völlig unbrauchbaren Waffe. So gebietet politische Vernunft, Staatsverantwortlichkeit und Takt, die Wahl des Reichspräsidenten loszulösen von dem Kampfe der Parteien um die Herrschaft im Innern. Eine solche Haltung ist in Wahrheit Gegnerschaft gegen das System und kann dazu beitragen, seine Aenderung vorzubereiten.

*

Auch Hindenburg ist Gegner dieses im Reiche formell zu Recht bestehenden Systems. Denn er hat — im Gegensatz zur formellen Haltung des Systems — die Regierung Brüning ohne Vereinbarung mit den Parteien ernannt und umgebildet. Er hat, im Gegensatz zum System, die Verantwortung auf sich genommen und sich dadurch unabhängig gemacht von den Parteien und Parteimehrheiten, die doch das eigentliche Wesen dieses Systems ausmachen. Aber wenn als das zu bekämpfende System die Koalition von Zentrum und Sozialdemokraten bezeichneet wird, so richtet sich dieser Kampf gegen eine parlamentarische Koalition, die unter diesem Verfassungssystem erst zur Auswirkung kommen konnte. Deshalb entscheidet die Preußenwahl und alle anderen Parlamentswahlen am gleichen Tage darüber. Nicht aber ist es Sinn der Präsidentenwahl, der eigenen Partei gegen eine andere zur Herrschaft zu verhelfen. Denn wenn der Sinn des 10. April darin liegen sollte, daß ein Parteibuch durch das andere ersetzt wird, so ist das keine Beseitigung und keine Abschwächung, sondern — eine Ausdehnung des Systems. Deshalb kann man Deutschland am Sonntag nicht besser dienen, als durch die Wiederwahl Hindenburgs, dieses treuesten, nationalsten und angesehensten Mannes, dessen Objektivität auch denen, die heute gegen ihn stehen, dafür bürgt, daß sie das deutsche Schicksal nach ihrem Willen mitgestalten können, sobald sie die verfassungsmäßig notwendigen Voraussetzungen dafür in den Parlamenten mit geschaffen haben werden.

Hitlers Programm

Von der Pressestelle des Landesausschusses Baden der Hindenburg-Ausschüsse geht uns der nachfolgende Artikel zu:

> „Mein Programm“ nennt Hitler stolz eine Reihe von Gedanken, die er durch seine Parteikorrespondenz verbreiten läßt. Wie dieses „Programm“ sogar in rechtsgerichteten Kreisen gewertet wird, zeigt ein Kommentar der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in dem es heißt:

„Die Bezeichnung dieser Gedanken als ein Programm erweist sich freilich sehr rasch als irreführend. Was Hitler in diesen Gedanken auseinandersetzt, ist sein Ziel und, was er in ihnen schuldig bleibt zu sagen, ist der Weg, auf dem er dieses Ziel zu erreichen gedenkt. Und doch hätte gerade dieser besonders interessiert.

Es wird schließlich Hitler nicht verborgen geblieben sein, daß z. B. die bayerische Regierung am gleichen Tage eine ganze Reihe von Tatsachen bekannt gemacht hat, die darauf hinausliefen, daß fanatisierte Narren, nicht wissend, daß selbst eine Wahl Hitlers diesem erst am 5. Mai legal die Macht des Reichspräsidenten übergeben würde, für den Fall seines Sieges Dinge vorbereitet hatten, die man je nach Laune groben Unfug oder Hochverrat nennen kann. Diese Anhänger Hitlers hatten sich also, wenn sie sich zu diesem seinem Programm bekannten, für einen Weg entschieden, der die von Hitler angestrebte „Volksgemeinschaft“ (welche Partei strebt sie nicht an?) mit dem abgekürzten Verfahren der Wegräumung aller Andersdenkenden zu erreichen suchte.

Und hätte Hitler auch nur einen Funken von jenem psychologischen Verständnis, das ihm seine Anhänger nachrühmen und das doch wesentlich für ihn heute darin bestehen muß, Gegner für sich zu gewinnen, so hätte es für ihn nur eine Veröffentlichung von Wert gegeben, deren Inhalt etwa gewesen wäre, daß Mord auch im Dritten Reich Mord bleibt, und daß, wer sich ein Richteramt anmaßend, Mord verübt, die gesetzliche Strafe auch im Dritten Reich verwirkt hat. Das wäre — bei allen Zweifeln an ihrer Wirksamkeit — immerhin eine Erklärung gewesen, die diesem Programm Interesse verschafft hätte.

Denn ohne solche Erklärung besitzt es keines.

Es ist vollkommen richtig zu sagen, die Sozialdemokratie habe ihre sozialen Versprechungen nicht gehalten; aber man muß dann beifügen, wie man die eigenen zu halten gedenkt.

Es ist uralte Weisheit, deren sich auch Brüning bediente, daß man den Mut zur Unpopularität haben solle; aber dann darf man nicht selbst nach Popularität mit einem Propaganda-Aufwand streben, der jenen von Richard Tauber noch weit übertrifft.

> Der Kampf gegen den Bolschewismus ist ein Ziel: sehr richtig! Aber darf man dann „ehemalige Mitglieder der Tscheka und Inhaber des Leninkreuzes“ als Agitatoren auftreten lassen?

„Erhaltung und Förderung eines gesunden Bauerntums!“ Aber da fällt uns der famose preußische nationalsozialistische Antrag auf Herabsetzung der Holzpreise ein, wo die heute gültigen schon mehr Bauernhöfe zum Ruin gebracht haben, als je eine frühere Zeit.

Wer möchte nicht zustimmen, wenn es heißt, der Staat habe in sich und in seinen Gesetzen alle Begriffe von Treu und Glauben, von Recht und Moral zu verkörpern, die er selbst wieder von seinen Bürgern fordere? Aber da kommt wieder die Erinnerung an den Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser, mit seinem Bekenntnis vom 19. Oktober 1930 im Reichstag, daß er diesem System gegenüber kein Ehrenwort kenne. Wo bleibt da „Treu und Glauben“, wenn wir schon aus naheliegenden Gründen es vermeiden wollen, über „Recht und Moral“ uns mit dem Braunen Haus zu unterhalten.

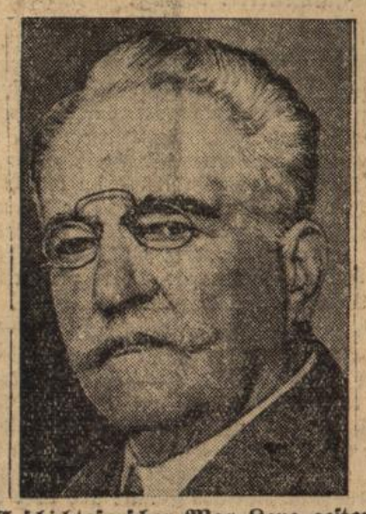
Wir glauben Hitler aufs Wort, daß alles, was er schrieb in diesem Programm, ehrlich gemeint ist. Und wenn er, so lange er lebt, für des deutschen Volkes Genesung und Wiederbelebung kämpfen will, so wissen wir, daß er die Wahrheit spricht.

> Aber ist es bei Hindenburg, ist es bei irgend einem Deutschen anders, der in der Politik seinem Gewissen folgt und sonst nichts? Wie kann Hitler sich anmaßen, daß er zu Besonderem berufen sei, weil er ein „Programm“ aufstellt, das jeder gute Deutsche genau so für sich aufstellen wird.

ohne irgend etwas Wichtiges außer seiner Stellung zum Sozialismus zu ändern? Denn, worauf es ankommt, daran geht dieses „Programm“ vollkommen vorbei. Und hier ist unser Mißtrauen wach und berechtigt. Denn wo immer in der ganzen Welt ein Nationalsozialist von dem Weg sprach, der in diese Zukunft führt, also wirklich ein Programm aufstellte, da war dieser Weg entweder ungangbar oder schon längst begangen, und nach drei Sätzen war man wieder bei dem bekannten billigen „Abrechnen mit dem System“, beim Köpferollen und beim Terror, um dann mit dem Versprechen und Versprechen wieder von vorn anzufangen.

Denn wenn wir Hitlers ganze Taktik in einen kurzen Satz zusammenfassen wollen, so wäre es dieser:

Esist das gute Recht eines jeden Deutschen, sich täglich eine Million zu wünschen; Hitler hat diese Summe großzügig auf zwei Millionen erhöht.



Der Geschichtsforscher Max Lenz gestorben.

Professor Dr. Max Lenz, der hervorragende Historiker, ist im Alter von 81 Jahren in Berlin gestorben. Prof. Lenz hat hauptsächlich die Probleme des 19. Jahrhunderts bearbeitet, sowie Luther, Napoleon und Bismarck ausführliche Biographien gewidmet. Bis 1914 hatte Lenz das Ordinariat für Geschichte an der Berliner Universität inne, das jetzt sein bester Schüler, Geheimrat Oncken, verwaltet.

Deutschland

Hindenburg läßt sich über die Osthilfe Bericht erstatten

Berlin, 8. April. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute die Kommissare für die Osthilfe in Ostpreußen und in Pommern, Landrat Lauenstein-Königsberg und Oberregierungsrat Freiherrn von Wolff-Stettin, und ließ sich von ihnen über den Stand der Arbeiten der Osthilfe in diesen Gebieten eingehenden Bericht erstatten.

Vor dem Abschluß der kommunalen Stillhalteverhandlungen

Berlin, 8. April. In den Verhandlungen über die ausländischen Schulden der öffentlichen Hand sind, wie wir hören, wesentliche Fortschritte erzielt worden, sodaß mit ihrem Abschluß in den nächsten Tagen gerechnet werden kann. Von der Schuldsumme sollen 10 Prozent sofort nach Abschluß des Abkommens, das für ein Jahr gelten soll, zurückgezahlt werden. Der Zinssatz solle mindestens 6 Prozent, jedoch 2 Prozent über dem Diskontsatz des Gläubigerlandes liegen.

Preußischer Landtag zum 12. April einberufen

Berlin, 8. April. Wie wir erfahren, hat der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien im preußischen Landtag beschlossen, die Einberufung des Plenums zum 12. April zu beantragen, um den **Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnungsbestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten einzubringen.**

Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats gegen die Nationalsozialistische Partei

Dessau, 8. April. In der Sitzung des anhaltischen Landtages teilte Staatsminister Dr. Weber in Uebereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt mit, auf Grund von Urkundenmaterial habe sich der dringende Verdacht ergeben, daß **Mitglieder der NSDAP. den Plan vorbereitet hätten, die Verfassung des Reiches und des Landes Anhalt gewaltsam zu ändern.** Zu diesem Zweck sei eine militärische Ausbildung der SA. vorgenommen und die militärische Besetzung wichtiger öffentlicher Gebäude in Dessau und die Festnahme führender Mitglieder der Regierung sowie des Staates Anhalt vorgesehen gewesen. Der Oberreichsanwalt habe ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen sei.

Ausland

Neue Unruhen in Spanien

Paris, 8. April. Havas meldet aus Santander, daß nach einer Katholikenversammlung **schwere Zusammenstöße mit Kommunisten und Syndikalisten** stattgefunden hätten, die auf Versammlungsmitglieder feuerten. Acht Personen wurden verletzt, eine davon sehr schwer. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Der Beginn der Lausanner Konferenz

London, 8. April. Der diplomatische Korrespondent der „Financial News“ will wissen, daß bei Tardieus Besuch von britischer Seite der 11. Juni als Tag des Zusammentritts der Lausanner Konferenz vorgeschlagen wurde. Tardieu habe zwar nicht widersprochen, aber sich auch nicht festgelegt und werde es auch schwerlich vor Beendigung der französischen Wahlen tun.

Wovon man spricht

Die Hochwasserkatastrophe in Rumänien

Bukarest, 8. April. Der Fluß Maros ist über die Ufer getreten und hat die Stadt Arad überschwemmt. Etwa **1500 Wohnhäuser sind eingestürzt.**

Ein Vater, der sich über Fünflinge freut

Birschy (Litauen), 8. April. Die Frau eines Landwirts brachte hier fünf Kinder zur Welt: drei Mädchen und zwei Knaben. Mutter und Kinder sind wohl und munter. Angeblich ist der Vater über diesen reichlichen Zuwachs zu seinen bereits vorhandenen vier Kindern sehr erfreut.

Duellierende Bäuerinnen

Warschau, 8. April. In einem Dorfe bei Petrikau fand ein Revolverduell zwischen zwei Bäuerinnen statt, die sich wegen der Liebe eines Mannes verfeindet hatten. Eine Bäuerin wurde verwundet und sterbend ins Spital eingeliefert. Die Duellgegnerin ist verhaftet worden.

Tod einer 111 Jahre alten Frau

Paris, 8. April. In einem kleinen Dorfe bei San Sebastian ist im Alter von 111 Jahren eine Frau gestorben, die, was besonders hervorgehoben wird, überhaupt niemals ein Auto zu Gesicht bekommen hat und seit zehn Jahren aus ihrem Dorf niemals herausgekommen war.

Die Londoner Konferenz gescheitert

Vertagung der Londoner Donaukonferenz

London, 8. April. Die Viermächtekonferenz hat sich am Freitag mittag ohne nähere Angabe eines Termins für den Wiederzusammentritt vertagt

Bericht über die letzte Sitzung

London, 8. April. Nach Abschluß der heutigen Sitzung der Viermächtekonferenz wurde folgendes Communique ausgegeben: Die auf der Konferenz vertretenen Regierungen sind darüber einig, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Donauländer raschest planmäßiges Handeln sowohl seitens der Donauländer als auch anderer Staaten erfordert, wenn sie auf eine gesunde Grundlage gestellt werden soll. Sie sind ferner darüber einig, daß ein solches Handeln im Interesse der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas liegt und ein erster Schritt auf diesem Wege sein kann.

Als Ergebnis der Beratungen der Konferenz sind **eine Anzahl wirtschaftlicher Punkte aufgetaucht, die weitere Prüfung und weitere Erhebungen erfordern. Die bevorstehenden Genfer Tagungen würden in der nächsten Woche auf alle Fälle die Fortsetzung der gegenwärtigen Beratungen verhindern. Unter diesen Umständen hat jede der vier Regierungen zugesagt, den drei anderen so bald als möglich eine eingehende Darstellung ihrer Auffassungen über die zurückgestellten Punkte und über die beste Art des weiteren Vorgehens zuzustellen.**

*

Ablehnung eines Kompromißvorschlages

London, 8. April. „Daily Telegraph" meldet, **Tardieu** habe **von Paris aus telephonisch einen Kompromißvorschlag des italienischen Außenministers Grandi verworfen, wonach eine Neunmächtekonferenz nach Genf mit elastischerer Prozedur einberufen werden sollte.** Tardieu habe gesagt, die Annahme dieser Vorschlages würde die grundlegenden Schwierigkeiten eher steigern als lösen. Auch ein **Vermittlungsvorschlag Macdonalds** wurde von Tardieu abgelehnt.

Das Ende der Londoner Donaukonferenz

London, 8. April. Wie aus dem nach Schluß der Donaukonferenz der vier Mächte veröffentlichten Communique hervorgeht, hat **die Konferenz kein greifbares Ergebnis gehabt.** Von deutscher Seite war bekanntlich von Anfang an daran gezweifelt worden, daß in der kurzen Zeit von drei Tagen ein genügendes Resultat zustande kommen werde. Die Erörterungen haben **so weitgehende Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Zusammensetzung einer Donaukonferenz, der Meistbegünstigungen sowie in der Frage der Präferenzen ans Licht gebracht, daß eine gründliche Vorbereitung im Sinne des veröffentlichten Comuniques notwendig ist, bevor eine endgültige Lösung des Donauproblems in Aussicht gestellt werden kann.** Es ist zu erwarten, daß der Faden in wenigen Tagen in Genf weitergesponnen werden wird. Von deutscher Seite ist in London alles bis an die Grenze der Vereinbarkeit mit lebenswichtigen deutschen Interessen getan worden, um eine Lösung herbeizuführen. Die Mehrzahl der deutschen Delegierten fährt wieder nach Berlin zurück. Staatssekretär von Bülow beabsichtigt, sich am Samstag früh nach Paris zu begeben und von dort nach Genf weiterzufahren.

Italienische Stimmen zum Scheitern der Londoner Konferenz.

T.U. **London,** 8. April. Die faschistische Presse nimmt das Scheitern der Londoner Viermächtekonferenz verhältnismäßig ruhig auf, erklärt aber, daß die verneinende französische Haltung die Einigung verhindert habe. Der französische Plan sei undurchführbar. Demgegenüber bestehe eine Uebereinstimmung zwischen Italien, Deutschland und England, nach dem sich England — wenn auch erst am Schluß — für die italienische Auffassung entschiedene habe. Es habe sich erwiesen, daß der von der französischen Presse laut verkündete französisch-englische Block nicht vorhanden sei. Italien — so schreibt das halbamtliche „Giornale d'Italia" u. a. — habe nicht bereits vorher aufgestellte Pläne anderer Mächte bedingungslos annehmen können, die offenkundig im Gegensatz zu den grundlegenden Interessen Italiens und Deutschlands stehen und das europäische Gleichgewicht gefährden. Außerdem sei die Zweckmäßigkeit dieser Pläne für die Donauländer zweifelhaft. Italien habe daher darauf bestanden, daß an der Konferenz der Donaustaaten auch diejenigen Mächte teilnehmen, die die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen zum Donau-Becken haben.

„Economist" für den deutschen Standpunkt.

T.U. **London,** 8. April. In einem ausführlichen Artikel: „Die Wahrheit über die Donau" unterstützt der „Economist" aufs wärmste die deutschen Vorschläge zur Gesundung der Donaustaaten und verurteilt den französischen Plan als vollkommen unzureichend und aussichtslos. Zuerst müsse eine Aenderung der wirtschaftlichen Bedingungen der Donauländer zustandegebracht werden, bevor eine neue Anleihe — vor allem, wenn es sich um den geringen Betrag von 200 Millionen RM. handele — irgendeinen weitreichenden Zweck erfüllen könne. Eine solche Anleihe würde eine rein egoistische Maßnahme der betreffenden Großmächte darstellen, um durch die vorübergehende Verhütung eines Zusammenbruches der Donaustaaten die ihnen dadurch selbst drohende Gefahr zu verhüten. Es sei vollkommen verfehlt und engstirnig, wie die Franzosen es wünschten, ohne die Fragen des europäischen Handels ins Auge zu fassen, eine neue sich selbst genügende Einheit in Mitteleuropa schaffen zu wollen. Das bedeute nur eine Verewigung der Uebel, wie sie die Friedensverträge herbeigeführt haben. Der Erfolg einer Sanierung der Donaustaaten hänge von ihren Handelsbeziehungen mit den anderen Staaten und in erster Linie mit Deutschland und Italien ab.

Nachlese zur Londoner Konferenz.

T.U. **London,** 8. April. In Kreisen der deutschen Abordnung ist man über den Ausgang der Konferenz nicht überrascht. Man bedauerte es sehr, daß die Aussichten für eine sofortige Hilfe für die Donaustaaten zunächst geschwunden sind.

Es wird sodann betont, daß die Aussichten der Konferenz noch am Donnerstag abend durchaus günstig waren. Drei von den vier Großmächten hätten sich zu diesem Zeitpunkt auf den Plan einer Neunmächtekonferenz geeinigt gehabt. Flandin hatte seine scharfe Opposition aufgegeben und nur gewisse Vorbehalte gemacht. Man hätte also erwarten können, daß die nächste Besprechung in Verbindung mit den Sitzungen des Völkerbundsrates stattfinden und dann etwa Ende April eine Neunmächte-Donaukonferenz folgen würde, daß im Mai die Verbindung mit dem Europa-Ausschuß hergestellt würde und daß sich daran logisch die Lausanner Konferenz anschließen werde. Diese Aussichten seien durch das Veto Tardieus, der auf der Einberufung einer Konferenz der fünf Donaumächte in seiner telephonischen Unterredung mit Flandin bestand, zerstört worden. Die französische Behauptung, daß der Zusammenbruch der Konferenz auf den Widerstand Deutschlands und Italiens zurückzuführen sei, die ihre Meistbegünstigungsrechte nicht aufgeben wollten, sei damit widerlegt. Tatsächlich habe Flandin diesen Standpunkt im Laufe der Verhandlungen vertreten, woraufhin er darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ein Aufheben des Meistbegünstigungsrechtes nur dann gerechtfertigt sei, wenn die betreffenden Staaten wirkliche Garantien für das Gelingen eines Planes in den Händen hätten. Sonst wäre das Opfer ungerechtfertigt und zu groß. Es liege also eine gewisse Verfälschung der tatsächlichen Lage von französischer Seite vor.

Uebereinstimmend ist man der Ansicht, daß Macdonald und die anderen englischen Minister sich größter Unvoreingenommenheit befleißigt haben, was lebhafte Befriedigung hervorgerufen habe.

Was steht am 10. April auf dem Spiel?

Aus Kreisen der parteipolitisch neutralen Beamtenbewegung wird uns u. a. geschrieben:

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Diese Erfahrung mußten starke organisierte Gruppen der Beamtenschaft und mit ihnen im Grunde das Beamtentum als Ganzes zwischen den beiden Schlachten der Präsidentenwahl in besonders bitterer Weise machen. In der großen zentralen Organisation der politisch neutralen Beamtenverbände, im „Deutschen Beamtenbund", hat es sehr lebhafte Auseinandersetzungen über die Frage gegeben, ob man diesmal mit einer offenen Hindenburgparole die satzungsmäßig vorgeschriebene parteipolitische Neutralität durchbrechen könne. Es war bereits von der Bundesleitung der Entwurf eines Wahlaufrufes in diesem Sinne vorbereitet worden. Man hat aber schließlich auf die Veröffentlichung verzichtet, um streng in den Grenzen der Neutralität zu bleiben. Der Bundesvorstand des D.B.B. wurde zu seiner eigenen Bestürzung fast augenblicklich gezwungen, aus dem betonten Willen der Neutralität unmittelbar wieder herauszutreten und eine Kampfstellung gegen diktatorische Bedrohungen der grundlegenden Beamtenrechte zu beziehen. Sämtliche Polizeibeamten in Braunschweig mußten einen Revers unterschreiben, wonach sie dem Landesverband braunschweigischer Polizeibeamten nicht mehr angehören und auch nicht mehr angehören werden. Eine solche Antwort auf eine mehr als entgegenkommende Haltung der Beamtenorganisation hatte nicht erwartet werden können. Denn der Verzicht auf die Hindenburgparole mit Rücksicht auf eine mehr nach rechts neigende Minderheit hatte den D.B.B. einige Ueberwindung gekostet. Eine Reihe von Fachverbänden, der Reichsverband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten, der Schraderverband der preußischen Polizeibeamten und andere waren gar nicht damit einverstanden gewesen, daß den Bedenken der Steuer- und Zollbeamten, sowie der größten deutschen Lehrerorganisation, des D.L.V., gegen eine Parole für Hindenburg Rechnung getragen wurde.

Tatsächlich ist nun von verantwortlicher und entscheidender Stelle der Beweis für die Rechtigkeit der Behauptungen erbracht, die der Reichsverband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten in einem besonderen Aufruf zur Hindenburgwahl aufgestellt hat: „Alle ernsthaften Gegenkandidaten des derzeitigen Herrn Reichspräsidenten sind Gegner des freien Koalitionsrechts. Sie sind aber auch, soweit sie eine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen, Gegner des traditionellen Berufsbeamtentums, dessen Position zu verteidigen in dieser Stunde der Entscheidung unsere standespolitische und staatspolitische Pflicht ist." Mehr noch als um materielle Fragen des Augenblicks handelt es sich darum, die Grundlagen des traditionellen Berufsbeamtentums und die Vereinigungsfreiheit zu erhalten. Der Artikel 159 ist der Boden, auf dem der Beamte für die Erhaltung seiner wohlerworbenen Rechte, für seine staatsbürgerliche Freiheit und für seine materiellen Interessen kämpfen kann. Nimmt man ihm diese Grundlage, so macht man ihn wehrlos und rechtlos. Aber wenn sich auch das Beamtentum in seiner Gesamtheit gegen jede ihm feindlich gesinnte raditale Parteidiktatur mit Entschiedenheit auflehnen und darum geschlossen für die überparteiliche Kandidatur Hindenburgs eintreten muß, so braucht sich die Regierung deswegen keiner Täuschung darüber hinzugeben, daß auch ihr gegenüber mit aller Schärfe das Beamtentum seine Interessen zu wahren wissen wird.

70. Geburtstag eines verdienstvollen Förderers der deutschen Turnbewegung.

Prof. Oskar Berger, der frühere Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, wird am 10. April 70 Jahre alt. Die deutsche Turnbewegung feiert in ihm, der bis 1929 sein Amt als Vorsitzender verwaltete, einen tatkräftigen Förderer und unermüdlichen Führer.

„Die neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten die berechtigten Interessen der deutschen Arbeitermassen zu wahren..."

Hindenburg

Aus dem Gerichtssaal

Münzverbrechen

Karlsruhe, 8. April. Wegen Münzverbrechens hatte sich heute vor dem Schöffengericht der 31 Jahre alte Maurer Franz Joß aus Oberöwisheim zu verantworten, der im Herbst 1931 in seinem Keller falsche Fünfmarkstücke hergestellt und in Umlauf gebracht hatte. Das Gericht verurteilte Joß wegen Falschmünzerei zu acht Monaten Gefängnis. Die beiden Mitangeklagten kamen mit Gefängnis von zwei Monaten bezw. sechs Wochen davon.

Das Urteil im Prozeß Jost

Mannheim, 8. April. Im Betrugs- und Meineidsprozeß gegen den Kohlenhändler Jost wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen fahrlässigen Falscheids in zwei Fällen, Verleitung zum Meineid, wegen vollendeten Betrugs sowie wegen versuchten Betrugs in zwei Fällen, ferner wegen Vergehens gegen das G.m.b.H.-Gesetz und die Konkursordnung zu einer Gesamtzuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt, auf welche sieben Monate Untersuchungshaft angerechnet werden. Außerdem wird auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren erkannt.

Mannheimer Schwurgericht

Mannheim, 8. April. Die Zerwürfnisse einer Familie um das Besitzrecht des Hauses bilden den Hintergrund der Anklage, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Arnold verhandelt wurde. Die 1893 in Käfertal geborene und in Heidelberg wohnende Ehefrau Rosa Münch geb. Gretz ist der Brandstiftung an ihrem Körnerstraße 4 in Feudenheim gelegenen, nicht versicherten Haus angeklagt. Sie hatte Papier und den Bretterboden des Speichers mit Petroleum getränkt und angezündet. Der Boden brannte nur teilweise aus, es entstand nur ein Schaden von etwa 200 RM. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

Schwurgerichtssitzung Konstanz

Konstanz, 8. April. Das Schwurgericht Konstanz verurteilte den 25 Jahre alten ledigen Walzer Adolf Henny von Singen wegen Meineids zu einem Jahr Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust und dauernder Eidesunfähigkeit. Henny war bereits am 17. Juli 1930 wegen des gleichen Delikts wegen fahrlässigen Falscheids zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Hennys Verteidiger Revision angemeldet, worauf auch die Staatsanwaltschaft Revisionsbeschwerde erhob. Es handelt sich um einen Meineid, geschworen in einem Alimentationsprozeß.

Der Scheringer-Prozeß

Leipzig, 8. April. Am zweiten Tage des Hochverratsprozesses gegen den ehemaligen Reichswehrleutnant Scheringer wurde ein in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" erschienener Artikel „Scheringer schreibt: Macht die Massen zum Kampf bereit" erörtert. Durch diesen Artikel ist das Strafverfahren ins Rollen gekommen. Der folgende unter Anklage stehende Artikel „Der Bruch mit dem Gestern" ist von Scheringer selbst verfaßt und im ersten Heft der Monatsschrift „Aufbruch" erschienen. Gegen den Widerspruch des Verteidigers, Rechtsanwalt Obuch, werden dann Briefe Scheringers an Privatpersonen verlesen, aus denen sich nach der Anklage auch die politische Mentalität des Angeklagten ergibt. Ein Antrag auf Haftentlassung Scheringers wurde abgelehnt.

Spionage zugunsten des französischen Nachrichtendienstes

Leipzig, 8. April. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit den früheren **Offenburger Polizeibeamten Gerber aus Kehl wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus** und fünf Jahren Ehrverlust, sowie die Ehefrau Josephine Grasmann wegen versuchten Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Für Gerber wurde außerdem die Zulassung der Polizeiaufsicht ausgesprochen. Gerber hatte seit längerer Zeit im Solde des französischen Nachrichtendienstes gestanden.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 9.—17. April 1932.

Im Landestheater:

Samstag, 9. April. * E 22 Th.-Gem. 1201—1300. **„Wallensteins Tod".** Von Schiller. 20—23. (4.20).

Sonntag, 10. April. Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Neu einstudiert: **„Der fliegende Holländer".** Von Wagner. 15¼—18. (3.50).
Abends: * C 22 Th.-Gem. 1401—1500. **„Tosca".** Von Puccini. 20—22¼. (6.30).

Montag, 11. April. Volksbühne: Aprilvorstellung. **„Wallenstein".** Von Schiller. 19½—23½. (420).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 12. April. * B 23 Th.-Gem. 101—200. **„Sommer von einst".** Operette von Lajtai. 20—22½. (4.20).

Mittwoch, 13. April. * A 25 (Mittwochmiete) Th.-Gem. 2. S.-Gr. **„Der fliegende Holländer".** Von Wagner. 20 bis 22¾. (5.70).

Donnerstag, 14. April. * D 26 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1 S.-Gr. Zum erstenmal: **„Vor Sonnenuntergang".** Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 20 bis nach 22½. (4.20).

Freitag, 15. April. Geschlossene Sondervorstellung für die Volksbühne: **„Im weißen Rößl".** Singspiel von Benatzky. 20—23.

Samstag, 16. April. * C 23 Th.-Gem. 901—1000. **„Hoffmanns Erzählungen".** Von Offenbach. 20 bis nach 22½. (5.70).

Sonntag, 17. April. Morgenfeier **„Wilhelm Busch".** 11¼ bis 12½. (—.50—1.—).
Nachmittags: 11. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **„Der Wildschütz".** Komische Oper von Lortzing. 15¼—18. (3.50).
Abends: * G 23 Th.-Gem. 1001—1100. **„Rigoletto".** Von Verdi. 20—22¼. (6.30).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 10. April. * **„Zur goldenen Liebe".** Operette von Benatzky. 19¼—22¼. (2.60).

Sonntag, 17. April. * **„Zur goldenen Liebe".** Operette von Benatzky. 19½—22¼. (2.60).

Auswärtiges Gastspiel:

Samstag, 16. April. In Pforzheim: **Tänze.**

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag 15½—17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: In Durlach: **Musikhaus Karl Weiß,** Hauptstraße 51, Tel. 458.

Wählt alle! — Wählt früh! — Wählt Hindenburg!